

Bundesrechnungshof delegitimiert Habeck, Müller und Energiewende

geschrieben von Admin | 9. März 2024

Die Energiewende-Delegitimierer sitzen jetzt im Bundesrechnungshof. Ihr vernichtendes Fazit der Energiewende haben die Beamten sogar in einer Grafik (oben) karikiert.

von Manfred Haferburg

Der Bundesrechnungshof ist in der Bundesrepublik Deutschland offenbar so etwas wie der letzte Mohikaner. Er ist eine unabhängige obere Bundesbehörde mit richterlicher Unabhängigkeit seiner Mitglieder, deren Aufgabe sogar im Grundgesetz verankert ist. Weise waren sie, die Väter des Grundgesetzes. Und jetzt hat der Bundesrechnungshof das gemacht, was seine Aufgabe ist. How dare you?

Der Bundesrechnungshof hat den Herrn Dr. Robert Habeck, seines Zeichens Stellvertreter des Bundeskanzlers sowie Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz der Bundesrepublik Deutschland, und seinem grünen Günstling Klaus Müller, seines Zeichens Präsident der Bundesnetzagentur, ein paar saftige Watschen rechts und links verpasst. Er hat es gewagt, den real existierenden Zustand der vielgepriesenen Energiewende deutscher Machart zu untersuchen und – „how dare you?“ – in seinem „Bericht nach § 99 BHO zur Umsetzung der Energiewende im Hinblick auf die Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit der Stromversorgung“ schonungslos offenzulegen.

58 Seiten Backpfeifen fürs erst Vergeigen und dann Täuschen, Tricksen und Schönfärben der obersten Energiewender Habeck und Müller. Das Fazit des Berichtes:

„Energiewende nicht auf Kurs. Deutschland verfolgt sehr ambitionierte Ziele für die Energiewende. Diese ist jedoch nicht auf Kurs, sie hinkt ihren Zielen hinterher. Die Bundesregierung muss umgehend reagieren, um eine sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Stromversorgung zu gewährleisten“.

Und es ist diesmal nicht die Achse, die das schon sehr lange sagt, sondern eine oberste Bundesbehörde.

Täuschung der Öffentlichkeit

Eigentlich ist der Inhalt dieses Berichtes so gravierend, dass der Bundeskanzler Habeck sofort entlassen müsste – wenn Deutschland ein

normales Land wäre. Der Bundesrechnungshof unterstellt nämlich dem Wirtschaftsminister und der Bundesnetzagentur, die Öffentlichkeit über den Zustand der Energiewende zu täuschen. Dort steht:

„Der Bundesrechnungshof bewertet die Annahmen im Monitoring zur Versorgungssicherheit als wirklichkeitsfremd. Das Ergebnis ist ein unwahrscheinlicher „Best-Case“. Vielmehr muss auch der Eintritt der Grundannahmen u.a. zum Ausbau der erneuerbaren Energien und der Netze mit verschiedenen Wahrscheinlichkeiten in die Berechnungen einfließen. Weder der Ausbau der erneuerbaren Energien noch der Stromnetze ist auf dem Zielerreichungspfad. ... Das BMWK hat es hingenommen, dass Gefahren für die Versorgungssicherheit nicht rechtzeitig sichtbar und Handlungsbedarfe zu spät erkannt werden. Damit wird der Zweck des Monitorings als Frühwarnsystem zur Identifizierung solcher Handlungsbedarfe derzeit faktisch ausgehebelt“.

Das ist schon starker Tobak: Das Frühwarnsystem zum Handlungsbedarf bei der Energiewende wurde faktisch vom Wirtschaftsministerium ausgehebelt. Wohl in der Hoffnung, sich bis zur Wahl durchmogeln zu können. Hat der Bundesrechnungshof etwa die Achse-Artikel vom epischen Scheitern der Energiewende, zur Unerreichbarkeit der Ausbauziele von Windkraft, zur Unmöglichkeit des Gaskraftwerksbaus oder des Wasserstoffdeliriums und zur Netzunsicherheit gelesen? Wir könnten hier, wenn uns Schadenfreude heimsuchte, noch ein Dutzend weitere Artikel verlinken. Aber Häme ist uns ja fremd.

Folgende Prüfungsergebnisse werden im Einzelnen vorgestellt:

Prüfungsergebnisse des Bundesrechnungshofes zur Versorgungssicherheit der Energiewende:

„Der Bundesrechnungshof bewertet die Annahmen im Monitoring zur Versorgungssicherheit als wirklichkeitsfremd.

- Es ist absehbar, dass insbesondere Windenergie an Land nicht in dem gesetzlich vorgesehenen Umfang ausgebaut wird;*
- kann das BMWK seinen Zeitplan zum Zubau gesicherter, steuerbarer Backup-Kapazitäten mit der Kraftwerksstrategie 2026 (KWS) voraussichtlich nicht einhalten. Die Ausgestaltung eines Kapazitätsmechanismus ist noch offen. Damit ist nicht sichergestellt, dass die erforderlichen Backup-Kapazitäten rechtzeitig verfügbar sind;*
- liegt der Netzausbau erheblich hinter der Planung zurück. Der Rückstand beträgt mittlerweile sieben Jahre und 6.000 km“.*

Prüfungsergebnisse des Bundesrechnungshofes zur Bezahlbarkeit der Energiewende:

„Die Bundesregierung hat es bis heute versäumt, zu bestimmen, was sie unter einer bezahlbaren Versorgung mit Elektrizität versteht. Bereits heute steht die Bezahlbarkeit der Stromversorgung in Frage. Die Preise für Strom sind in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen und zählen zu den höchsten in der Europäischen Union: Private Haushalte zahlten mit 41,25 Cent/Kilowattstunde (kWh) im ersten Halbjahr 2023 beispielsweise 42,7% mehr als der EU-Durchschnitt, Gewerbe- und Industriekunden rund 5% mehr. Zugleich sind weitere Kostensteigerungen des Energiesystems absehbar“.

- Es fallen bis zum Jahr 2045 massive Investitionskosten von mehr als 460 Mrd. Euro für den Ausbau der Stromnetze an;*
- Das Netzengpassmanagement (Redispatch, Anm. des Verfassers) wird voraussichtlich 6,5 Mrd. Euro pro Jahr kosten“.*
- Die Bundesregierung muss „auch im Hinblick auf die Bezahlbarkeit gewährleisten, dass jederzeit ausreichend Erzeugungsleistung zur Verfügung steht, um steigende Strompreise aufgrund von Angebotsknappheiten zu verhindern;*
- Die Bundesregierung muss „die Kosten der Energiewende ausgewogen darstellen: Hierzu sollte sie die Systemkosten der Energiewende klar benennen;*

Prüfungsergebnisse des Bundesrechnungshofes zur Umweltverträglichkeit der Energiewende:

Die Umweltverträglichkeit der Energiewende scheitert laut Habeck an „politischer Durchsetzbarkeit“. Der Bundesrechnungshof sieht das anders, es „liegen der Bundesregierung zahlreiche Erkenntnisse zu negativen Umweltwirkungen erneuerbarer Energien vor, beispielsweise die Inanspruchnahme von knappen Flächen und Ressourcen, aber auch die Beeinträchtigung der Biodiversität.“

- „Im Zuge der Energiekrise hat die Bundesregierung umweltschutzrechtliche Verfahrensstandards abgesenkt. Dies erhöht das Risiko, dass einzelne Schutzgüter mehr als nötig beeinträchtigt werden. Dennoch hat es die Bundesregierung – mit Ausnahme des Schutzgutes Klima – bis heute versäumt, ein wirksames Ziel- und Monitoringsystem für eine umweltverträgliche Energiewende einzuführen. Stattdessen hat sie den Monitoring-Prozess „Energie der Zukunft“ ausgesetzt – den einzigen Prozess, in dem die Umweltverträglichkeit zumindest angelegt war“.*

Eine unfassbare Blamage

Das Fazit des Bundesrechnungshofes ist ernüchternd und für die zuständigen Minister und Beamten eine unfassbare Blamage. Immerhin wendet Deutschland bereits seit fast 20 Jahren die Energie, und die Steuerzahler und Stromkunden haben wohl mindestens 500 Milliarden Euro dafür gelöhnt. Am Personalmangel kann es irgendwie nicht liegen. Im BMWI und in der BNA gibt es ja mindestens 3.500 gut bezahlte Beamte, die an dem Thema dran sein müssten. Man stelle sich vor, die würden alle arbeiten.

Der Bundesrechnungshof resümiert:

„Energiewende nicht auf Kurs. Auf dem Weg zu einer sicheren, bezahlbaren und umweltverträglichen Versorgung mit erneuerbaren Energien steht die Bundesregierung vor großen Herausforderungen. Diese werden bislang kaum bewältigt.“

Die Beamten vom Bundesrechnungshof haben sich sogar eine Karikatur für die Energiewende ausgedacht und in ihrem Bericht veröffentlicht. Wer hätte ihnen das zugetraut? Ich stelle mir gerade bildlich den Gesichtsausdruck der Autoren des Berichtes beim Einfügen des Bildes vor. Wir von der Achse freuen uns über den gesunden Humor in den Amtsstuben der Bundesbehörde, die das deutsche Narren-Energiewendes Schiffchen (nie war der verlinkte Liedertext treffender) vollbeflaggt und mit voller Fahrt auf fünf Riffe ohne eine erkennbare Fahrwinde laufen lassen. Und wer hätte das gedacht? Das erste Riff sind die Strompreise.

Robert Habeck reagierte auf die Kritik vom fernen Washington aus: Er habe den Bericht des Rechnungshofes „zur Kenntnis genommen – mehr nicht“, attestiert ihm aber gleichzeitig „eine erstaunliche Wahrnehmung, die nichts mit der Wirklichkeit zu tun hat.“ Die Nerven liegen blank. Die karikierende Grafik des Bundesrechnungshofes finden Sie oben im Bild. Die sagt mehr als tausend Worte

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier

Netzbetreiber warnen: Stromnetz kollapsgefährdet wie nie

geschrieben von Admin | 9. März 2024

Wie steht es um die Versorgungssicherheit, wenn die Stromerzeugung bis zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien erfolgt? Ein Netzbetreiber hat sie jetzt beantwortet. Ein Blitzeinschlag könnte genügen, um das Netz zusammenbrechen zu lassen.

von Manfred Haferburg

Der baden-württembergische Netzbetreiber TransnetBW gibt einen Newsletter namens *Transparent* heraus. Der neueste, Ausgabe 01/24, hat es in sich. Er lässt erstmalig einen technisch fundierten Blick auf die Energiewende fallen, von dem man in den Diensträumen von Robert Habeck im Wirtschaftsministerium und Klaus Müller in der Bundesnetzagentur offenbar noch nichts gehört hat – jedenfalls ist davon nichts an die Öffentlichkeit gedrungen. Offenbar droht ein Streik der Koblode im Netz.

Schon das Vorwort des Vorsitzenden der Geschäftsführung, Dr. Werner Götz, stellt eine Forderung in den Raum, von der der Philosoph im Ministersessel und Volkswirtschaftler auf dem Chefsessel der Bundesnetzagentur noch nie gesprochen haben.

„Das Netz muss, um klimaneutral zu werden, nicht nur ausgebaut werden, sondern auch noch betreibbar bleiben. In anderen Worten: unser System muss stabil und belastbar sein.“

Die Überschrift lautet: *„Klimaneutral soll es werden, stabil soll es bleiben“*. Die Erkenntnis kommt spät, aber sie kommt. Das, was wir hier auf der *Achse des Guten* seit Jahren fordern, findet nun – wenn auch verdrückt und verschurbelt und von den großen Medien übersehen – seinen Weg in die Köpfe der für die Misere Verantwortlichen. Falls sie es verstehen.

Ernüchternde und beunruhigende Antworten

Im zwanzigsten Jahr der Energiewende, also dem fortgesetzten und sinnfreien Verpulvern einer halben Billion Euro, nach der Zerstörung des halben deutschen Kraftwerksparks, haben sich die vier großen Übertragungsnetzbetreiber zusammengesetzt und die Frage diskutiert: *„Wie steht es um die Versorgungssicherheit, wenn die Stromerzeugung bis zu 100 Prozent aus volatilen erneuerbaren Energien erfolgt?“* Die Antworten sind – mit dem Mäntelchen der Nächstenliebe gesagt – ernüchternd.

Bevor wir uns diesen Antworten zuwenden, braucht es aber eine kleine Einschulung der geeigneten Leser in die Technik des Stromnetzbetriebes. Keine Angst, wir bleiben am Boden des Verständlichen.

Das n-1-Kriterium: Das (n-1)-Kriterium (sprich: N-minus-eins-Kriterium) oder die (n-1)-Sicherheit bezeichnet den Grundsatz,

dass bei dem Ausfall einer Komponente durch Redundanzen der Ausfall eines Systems verhindert wird. Das (n-1)-Kriterium ist ein Grundsatz der deutschen Netzplanung und sorgt für die hohe Netzsicherheit... Beim Ausfall einer Komponente, wie bspw. einem Stromkreis, kommt es durch Ausweichmöglichkeiten nicht zu einer Versorgungsunterbrechung oder einer Ausweitung der Störung. Die (n-1)-Regel muss bei maximaler Auslastung gegeben sein.

Blindleistung: „Damit Strom überhaupt durch eine Leitung fließen kann, muss diese stetig unter Spannung stehen. Dazu wird 50-mal pro Sekunde ein elektrisches und ein magnetisches Feld auf- und abgebaut. Weil die Leistung, mit der die Felder auf- und abgebaut werden, im Netz verbleibt, bezeichnen Experten sie als Blindleistung. Sie verrichtet keine nutzbare Arbeit, wird aber dringend benötigt, um die Spannung im Stromnetz zu regulieren“.

Momentanreserve: „Die Schwungmassen der großen Synchrongeneratoren (in den Kraftwerken) sind für die Frequenzerzeugung und -haltung von zentraler Bedeutung, da hier permanent ohne Steuerungseingriffe mechanische in elektrische Energie und umgekehrt umgewandelt wird. Das ist ein rein physikalischer Vorgang, der ohne jeglichen Zeitverzug, also instantan abläuft. Das kann man sich auch als große Stoßdämpfer für Belastungsschläge vorstellen, die bisher dafür gesorgt haben, dass das europäische Verbundsystem so stabil funktioniert. Diese werden aber nun nach und nach reduziert und bisher nicht gleichzeitig ersetzt, weil PV- und Windkraftanlagen diese Systemfunktion nicht mitbringen.“

Interview mit einer Fachfrau

Mirjam König, Teamleiterin Systemverhalten, Bereich strategische Netzplanung bei TransnetBW wird in dem Newsletter interviewt. Sie leitete 2022 die Winteranalysen der vier ÜNB – besser bekannt als „Stresstest“. Da schien noch alles gut. Doch was sie jetzt sagt, lässt den Fachmann erschauern:

„Mit der Transition des Energiesystems hin zu den erneuerbaren Energien haben wir den Auftrag bekommen, das System mit Blick auf 2030 zu überprüfen. Insbesondere weil zu diesem Zeitpunkt die Kohlekraftwerke nicht mehr am Netz sein werden. Daraus ist die Langfristanalyse 2030 entstanden, und das Thema Systemstabilität wurde erstmals in dieser Tiefe untersucht. Im Kreis der vier ÜNB beschäftigt uns das Thema schon lange, aber bisher erfuhr es in der Politik wenig Resonanz, weil es ein sehr komplexes Thema ist.“

Es wurden Zustände gefunden, in denen bereits ein n-1-Fehler für eine Systemunterbrechung ausreichen würde. Das heißt, wenn zum Beispiel ein Blitz einschlagen würde, dass so eine Leitung ausfällt, dann könnte das Stromnetz außer Gleichgewicht geraten. Das ist schon beachtlich! Das Netz wäre somit nicht mehr n-1-sicher, dabei ist die n-1-Sicherheit ein Grundprinzip der deutschen Netzplanung. Und das hat auch die Politik wahrgenommen. Besonders aufgefallen ist uns, dass vor allem im Norden, wo die großen Wind-Offshore-Anlagen angeschlossen sind, aber das Netz weniger engmaschig als im Süden ist, die Stabilität des Netzes deutlich gefährdet wird.“

Das Netz ist vom Grundprinzip her nicht mehr sicher

Wollen wir das technische Kauderwelsch mal übersetzen. Die Fachleute der Übertragungsnetzbetreiber „beschäftigt“ also das Thema schon lange, aber die Politik hat es nicht kapiert, weil „es ein sehr komplexes Thema“ ist. Und dann kommt der Hammer: Das deutsche Übertragungsnetz beherrscht nicht in jedem Fall mehr den „n-1-Fehler“. Das heißt, wenn in einer angespannten Situation eine der großen Übertragungsleitungen durch Blitzeinschlag, langwellige Leiterseilschwingungen bei viel Wind und Schnee, Sabotage oder durch einen Transformator-/Hochspannungsschalterfehler plötzlich ausfällt, könnte „das Stromnetz außer Gleichgewicht geraten“ – also in einem Dominoeffekt zusammenbrechen. Die Folge heißt übersetzt, es könnte zu einem Teilnetzausfall oder im schlimmsten Fall zu einem Blackout kommen. Das sage diesmal nicht ich, sondern die Teamleiterin Systemverhalten, Bereich strategische Netzplanung bei TransnetBW. Ich habe das auf der Achse schon vor Jahren geschrieben und bin dafür beschimpft worden.

Die Schwachstellen des Netzes sind eher im Norden, wo die vielen Windräder Strom erzeugen sollen, den das Netz dann einsammeln muss. Dafür ist es aber nie gebaut worden. Mirjam König weiter:

„Im Austausch mit einem erfahrenen Kollegen haben wir kürzlich festgestellt: Wir befinden uns in der zweiten Stufe der Energiewende. Wir sind mittendrin in einem Wandel von einem Synchronmaschinen-basierten hin zu einem Umrichterbasierten System. Synchrongeneratoren befinden sich in den bisherigen konventionellen Kraftwerken – Umrichter befinden sich in den ErneuerbareEnergien- und STATCOM-Anlagen bei Elektrolyseuren und Batteriespeichern. Sie müssen schon morgen zur Systemstabilisierung beitragen. Die Herausforderung ist jetzt, das Ganze umzusetzen: nämlich parallel an den richtigen Stellen zum Netzausbau und zum Bau neuer klimaneutraler (Gas-)kraftwerke.“

Auch hier ein Übersetzungsversuch: Die großen rotierenden Generatoren der Kraftwerke sind „Grid-Forming“-Maschinen, sie halten aufgrund ihrer großen Masse die Frequenz von 50 Herz im Sekundenbereich konstant. Für die Kollegen vom BMWI und BNA – Masseträgheit ist eine physikalische Eigenschaft, die dafür sorgt, dass Leistungsschwankungen in einem Bereich, in welchem die Zeit für menschliche Eingriffe zu kurz ist, abgefedert werden. Windräder haben nur kleine Massen und Solarpaneele gar keine rotierenden Teile, sie sind mit ihren Wechselrichtern „Grid-Following“; das heißt, sie hängen sich ans Netz der „Grid-Forming-Maschinen“ und wirken nicht stabilisierend. Nebenbei, Gaskraftwerke sind eher „Grid Following-Maschinen“. Auch die Spannungshaltung im Netz durch Blindleistungsregelung wurde bisher von den großen Kraftwerksgeneratoren vorgenommen.

Alles umbauen in wenigen Jahren

„Der Strom von morgen, der fast ausschließlich aus erneuerbaren Energien (EE) erzeugt wird, soll in das Stromnetz nicht nur integriert werden, sondern auch in der Lage sein, das Netz jederzeit stabil zu halten. Doch dafür fehlt den EE-Anlagen noch die Grid-forming-Eigenschaft, die sie dazu befähigt, insbesondere im Störfall, einen stabilen Netzbetrieb zu gewährleisten.“

Nun soll es aber nach dem Willen der Regierung nach 2030 keine Großkraftwerke mehr geben, außer den noch nicht vorhandenen H2-Ready-Gaskraftwerken. Jetzt muss eine elektronische Lösung für die Millionen Wechselrichter der „Erneuerbaren“ erfunden werden, dann muss man sie erproben und dann letztlich überall einbauen. In sechs Jahren für 60.000 Windräder, für Millionen von Solarpaneelen und vielleicht sogar für die Rückladestationen der Millionen Elektroautos. Als Techniker sage ich da nur: Kein Kommentar.

Die heutigen „Grid-Forming-Anlagen“ haben durchweg Pilotcharakter. Sie sind kompliziert und – Überraschung – kostenintensiv. Dr Michael Heinsel von TransnetBW sagt:

„Die STATCOM-GFM Anlage ist eine stromrichterbasierte Kompensationsanlage mit der Grid-forming-Eigenschaft, die gerade u.a. am Umspannwerk von TransnetBW in Wendlingen geplant wird. TransnetBW möchte mit dieser Anlage die STATCOM-Technologie im Betrieb validieren und praktische Erfahrungen sammeln.“

Die Kirsche auf der Torte – „Schwarzstartfähige Kraftwerke“

Wenn man nach einem großflächigem Stromausfall das Netz wieder hochfahren will, braucht man Kraftwerke, die ohne Fremdstromversorgung angefahren werden können, da sie ein eigenes Wasserkraftwerk haben, oder große Notstromaggregate. Windmühlen und Solarpaneele sind nicht schwarzstartfähig. Das Kernkraftwerk Emsland, das im letzten April verschrottet wurde, war so ein Kraftwerk. Es hatte eine kleinere Gasturbinenanlage auf dem Kraftwerksgelände. Damit ist heute aber Ende Gelände.

Also müssen die vielen noch nicht mal geplanten, geschweige denn gebauten H2-ready-Gaskraftwerke möglichst so ausgerüstet werden, dass sie schwarzstartfähig sind. Das ist auch – Überraschung – sehr kostspielig.

Mirjam König wurde in dem Interview abschließend gefragt: „Wen siehst du außer den ÜNB noch in der Pflicht?“ Sie antwortete:

„Für mich ist essentiell, dass ÜNB, Verteilnetzbetreiber, Anlagenhersteller, Zertifizierer und natürlich die Politik an einem Strang ziehen müssen. Es muss allen klar sein, dass mit dem Bewusstsein für die Kritikalität der Systemstabilitätsthemen und den entsprechenden Maßnahmen, die ergriffen werden oder nicht, die Energiewende steht oder fällt.“

Ich übersetze letztmalig frei: Die Kohlekraftwerke werden noch eine lange Zeit weiterlaufen.

Ich danke Stefan von Outdoor Chiemgau für die Anregung zu diesem Artikel.

Der Artikel erschien zuerst bei ACHGUT hier

Die Hütchenspieler des Stromnetzes

geschrieben von Admin | 9. März 2024

Inmitten der größten Energiekrise wird im besten Deutschland aller Zeiten munter weiter eine alternativlose Energiewende ins Nichts

betrieben, koste es, was es wolle.

von Manfred Haferburg

Schon die Wortfindungen zeigen die fachliche Unbedarftheit der grünen Wende-Protagonisten. Energiewende hin zur erneuerbaren Energie? Energie lässt sich weder wenden, noch erneuern. Energie lässt sich bestenfalls von einer Form in die andere umwandeln. Der erste Hauptsatz der Thermodynamik sagt, dass Energien ineinander umwandelbar sind, aber nicht gebildet, bzw. vernichtet – also auch nicht erneuert oder gewendet werden können.

Im Resultat dieses Unfugs hat Deutschland schon heute die höchsten Strompreise der Welt, und sie kennen nur eine Richtung: nach oben. Die Industrie verabschiedet sich nach und nach. Familien können die Energiekosten nicht mehr stemmen. Die Regierung macht mit einem „Wumms“ und einem „Doppelwumms“ neue Milliardenschulden und bezeichnet sie als „Sondervermögen“. Geht es noch irrer? Ja!

Entgegen aller Ratschläge und Warnungen von Fachleuten setzt die Politik unbeirrbar den Kurs der Kraftwerksverschrottung fort. Mietwissenschaftler liefern den Politikern die gern gehörten Begründungen für ihr Tun, und echte Experten werden entweder nicht gehört oder verunglimpft und mundtot gemacht. Ich weiß, wovon ich spreche.

Das Analogon zu „Die Rente ist sicher“

Die Hauptstrommedien berichten einhellig und im Einklang mit der Regierung, dass es auch künftig keine Probleme mit der Energiewende geben wird, so als gäbe es nicht schon heute genug Probleme damit. Osis kennen das schon, in der DDR gab es auch keine Probleme beim Aufbau des Sozialismus, der 1989 endlich siegte.

Am Mittwoch verabschiedete das Bundeskabinett einen Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz:

„Die Versorgung mit Strom ist mit den aktuellen Planungen der Bundesregierung auch im Zeitraum 2025 bis 2031 auf weiterhin hohem Niveau gewährleistet... Die Versorgung mit Strom ist dabei auch bei einem Kohleausstieg 2030 sicher.“

Bundeswirtschaftsminister Habeck wird wie folgt zitiert:

„Es ist zentral, dass die Verbraucher und Verbraucherinnen jederzeit sicher mit Strom versorgt werden. Diese Stromversorgungssicherheit werden wir auch beim Umbau unseres Stromsystems auf 100 Prozent erneuerbaren Strom gewährleisten. Daher monitort die Bundesnetzagentur die einzelnen Schritte und

Etappen sehr genau. Der heute im Kabinett verabschiedete Bericht der Bundesnetzagentur zeigt, dass die Stromnachfrage im Zeitraum von 2025 bis 2031 jederzeit sicher gedeckt werden kann. Dies gilt auch, wenn der Stromverbrauch durch neue Verbraucher wie Elektromobile und Wärmepumpen deutlich steigt und der Kohleausstieg bis 2030 erfolgt. Wir sehen: Wir sind auf dem richtigen Weg...“

Überzeugungstäter: „Unser Weg ist richtig“

Ich als Ossi habe da ein „deja vue“. Am 2.5.1969 prangte auf Seite 1 des „Neuen Deutschland“, dem Organ des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, eine Überschrift: *Die Erbauer des neuen Berlin: „Friede, Demokratie, Sozialismus – unser Weg ist richtig. Dieses Bewusstsein, dass wir auf dem richtigen Wege sind, ist ein gewaltiger Kraftquell – für neue große Leistungen bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus und für die Entschlossenheit, das Errungene zu verteidigen...“* Die absolut realitätsresistenten DDR-Bonzen sahen sich 1969 genauso auf dem richtigen Weg wie der schon vor Jahren falsch abgebogene Wirtschaftsminister Robert Habeck und sein: *„Wir sind auf dem richtigen Weg“*.

Ich frage mich als Fachmann: „Wie wollen die das machen? Alle Kernkraftwerke und Kohlekraftwerke, die heute noch mehr als die Hälfte der Stromproduktion stemmen – oft auch mehr als zwei Drittel – verschrotten und trotzdem das Land jederzeit sicher mit 100 Prozent Strom versorgen? Wie soll das gehen, wenn sich der Bruttostromverbrauch laut Bericht auch noch von rund 565 TWh in 2021 auf 750 TWh erhöht? Wie soll das gehen, wenn es weder eine großtechnisch bezahlbare Speichertechnologie gibt, noch billigeres Gas für nicht vorhandene Gaskraftwerke, noch konstanten Wind und Sonnenschein nachts?

Die Hütchenspieler von der Bundesnetzagentur

Wer sind diese Leute, die von Amts wegen Energie wenden und erneuern wollen und immer neue Durchhalteparolen raushauen? Es ist die Bundesnetzagentur. Sie hat den Bericht zum Monitoring der Versorgungssicherheit mit Strom vorgelegt, gemäß §§ 51 Abs. 3, 63 Abs. 2 Nr. 2 EnWG. Der Bericht untersucht die Versorgungssicherheit vorausschauend für den Mittelfrithorizont 2025 bis 2031.

Bundesnetzagentur (BNetzA) hört sich seriös an, wie eine Art Hüter der Stromnetze der Bundesrepublik Deutschland.

In Wirklichkeit ist die Bundesnetzagentur eine Behörde unter der Leitung des grünen Philosophen und Bundeswirtschaftsministers Habeck. Die Bundesnetzagentur hat ihren Sitz in Bonn und ist eine „obere deutsche Bundesbehörde im Geschäftsbereich

des Bundeswirtschaftsministeriums“. Ihr Chef ist seit 1. März 2022 der Diplomvolkswirt Klaus Müller von den Grünen, er hat auch den Bericht unterzeichnet. Das ist der selbe Mann, der immer vor Stromengpässen durch E-Autos und Wärmepumpen warnte und noch größere Einsparungen von der Bevölkerung verlangte.

Der Bericht der Bundesnetzagentur zum Monitoring der Versorgungssicherheit Strom ist 111 Seiten lang. Die dazugehörigen Handlungsempfehlungen sind 27 Seiten lang, das dazugehörige Erläuterungspapier noch mal 5 Seiten. Ich frage mich schon, welches Kabinettsmitglied sich durch die 143 Seiten Fachchinesisch gekämpft hat? Verstanden hat den Text mit Sicherheit keines der Regierungsmitglieder.

Unter welchem Becherchen ist denn die Versorgungssicherheit?

Hütchenspieler verwirren ihre Opfer mit ständigem Verschieben der Becherchen, bis sie den Überblick verlieren. Der Hütchentrick der Netzagentur funktioniert ähnlich. Sie weisen nämlich jede Verantwortung für ihre unseriöse Aussage von der sicheren Versorgung mit Strom im Jahre 2030 von sich, indem sie festlegen, dass diese Aussage nur unter der Prämisse gilt, dass die Regierungsziele der Energiewende eingehalten werden.

„Damit die sichere Versorgung mit Elektrizität gewährleistet ist, müssen eine Reihe von erzeugungs- und netzseitigen Entwicklungen realisiert und die entsprechenden Anstrengungen weitergeführt werden“.

Ein kurzer Blick auf diese Ziele zeigt, dass dies völlig unrealistisch ist. (Bei meinen Kommentierungen klammere ich das ganze grüne Wasserstoffmärchen aus, weil darauf im Bericht kaum eingegangen wird.) Ich zitiere einige Eckpunkte des Berichtes und füge kurze Kommentare hinzu:

- *„Als Ausgangspunkt hat die Bundesnetzagentur den deutlichen Ausbau der erneuerbaren Energien (Wind Onshore, Wind Offshore und Photovoltaik) in Deutschland von ca. 123 GW (2021) auf 360 GW (2030) bzw. 386 GW (2031) gemäß Osterpaket unterstellt. Die nötige Ausbaugeschwindigkeit ist damit mehr als dreimal so hoch wie in den Vorjahren.“*

Dies würde bedeuten, dass ab sofort bis 2030 arbeitstäglich (!) fünf (!) neue Windräder der modernsten 5 MW-Klasse in Betrieb gehen. Dass ab sofort 1.200 Betonmischer täglich zu den Windrad-Fundamenten dieseln. Dass ab sofort 375 Sondertransporte mit den 80 Meter langen Windrad-Flügeln pro Monat über deutsche Straßen geleitet werden müssen. Das sind nur ein paar Beispiele, um die Unmöglichkeit der Lösung der Aufgabe zu illustrieren.

- *„Für steuerbare Kapazitäten zeigt dieser Bericht, dass bei*

Beibehaltung des heutigen Marktdesigns ein Zubau von Gaskraftwerken (H2-ready), ... bis 2030 bzw. 2031 in Deutschland die Versorgungssicherheit zu den geringsten Kosten gewährleisten würde... (Investitionen in neue Gaskraftwerke werden in den Berechnungen in relevantem Umfang von 17-21 GW bis 2030/2031 erwartet) ... Es ist darauf zu achten, dass die Anlagen rechtzeitig bis Ende des Jahrzehnts einsatzbereit sind, um einen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten zu können.“

Das würde bedeuten, dass bis 2030 etwa 50 neue Gaskraftwerke der 300-MW-Klasse gebaut werden müssen, die noch nicht einmal entwickelt wurden, da sie ja Wasserstoff-fertig sein sollen. Der Bau eines Gaskraftwerkes dauert mindestens fünf Jahre. Es müssten Investoren gefunden werden, die in Gaskraftwerke investieren, die mit dem teuersten fossilen Brennstoff auf dem Markt – dessen Vorhandensein zudem unsicher ist – weit unter ihrer Rentabilitätsgrenze betrieben werden müssen, da Wind- und Sonneneinspeisung immer Vorrang haben. Es müssen Standorte gefunden und erschlossen werden. Es müssen Lieferanten gefunden, Ausschreibungen getätigt und Lieferverträge abgeschlossen werden...

- *„Um die Lastmanagementpotentiale zur Lastreduktion in Knappheitssituationen leichter zu erschließen, überarbeitet die Bundesnetzagentur zudem die Regelungen für die individuellen Netzentgelte. Die Entwicklung der im Stromsystem nutzbaren Flexibilität u. a. von Elektromobilität sowie Wärmepumpen im gewerblichen und privaten Bereich ist kontinuierlich zu monitorieren und bei Bedarf hierzu bestehende Hemmnisse zu beseitigen.“*

Die Abschaltung industrieller und privater Verbraucher ist das einzige Ziel, dessen Erreichung ich nicht in Zweifel ziehen möchte. Mit der Einschränkung, dass man auf die Digitalisierung der Steuerung der SmartMeter vielleicht noch ein Jahrzehnt warten muss und bis dahin die Abschaltung der E-Auto-Ladestationen und Wärmepumpen eher manuell erfolgen muss – also geregelt über den Preis, den die Nutzer dann zahlen müssen. „Regelungen für die individuellen Netzentgelte“ bedeutet, dass die E-Autobesitzer die Ladestation und die Wärmepumpenbesitzer ihre Heizung von ganz allein abschalten, da sie sonst für unbezahlbare Stromkosten aufkommen müssen.

- *„Der europäische Binnenmarkt eröffnet wichtige Ausgleichseffekte für das Stromsystem. Die beiden Analysen in diesem Bericht gehen von einem funktionierenden Elektrizitätsbinnenmarkt aus. Sie setzen „offene Grenzen“ beim grenzüberschreitenden Handel und Austausch mit Strom voraus... Die Berechnungen zeigen, dass Deutschland auch zu einem Stromnettoimporteure werden kann.“*

Dies ist an grüner Heuchelei nicht zu übertreffen. Deutschland steigt aus eigener Kernenergie und Kohle aus, um dann zu fordern, dass polnischer Kohlestrom, französischer Atomstrom es richten sollen, wenn kein Wind weht und keine Sonne scheint. Und was, wenn die europäischen

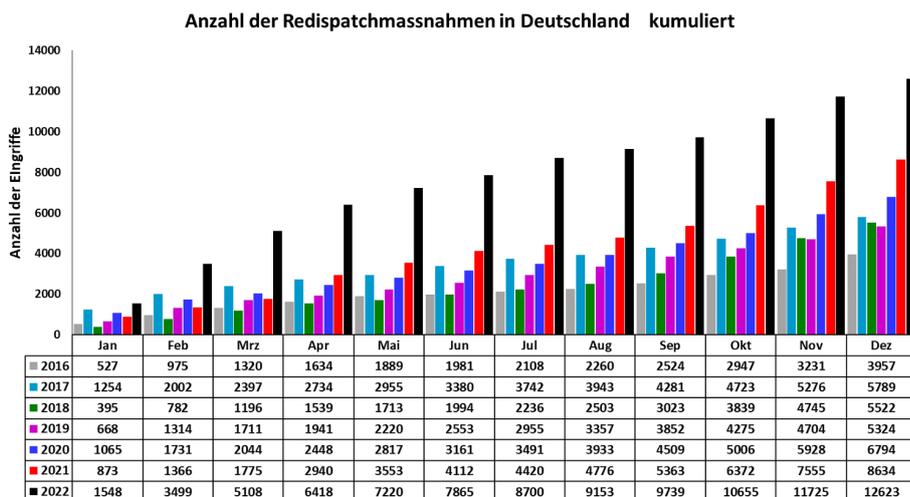
Nachbarn ihren Strom selber brauchen? Wird dann die Kavallerie geschickt, um offene Grenzen beim grenzüberschreitenden Handel und Austausch mit Strom zu sichern, oder reicht ein gezücktes Scheckbuch?

- „Netzseitig ist es zudem notwendig, dass Netzoptimierung und Netzausbau entsprechend vorankommen, um die durch einen schnelleren Kohleausstieg und steigende Erneuerbare-Energien-Erzeugung größer werdenden Transportbedarfe zu ermöglichen.“

Beim Netzausbau helfen ein paar simple Zahlen dem Verständnis nach. Das klägliche Scheitern aller Zeitpläne für die berühmten Stromautobahnen spricht Bände. Von 7.700 Kilometern sind in fünf Jahren ganze 1.300 km gebaut, im letzten Jahr hat man ganze 200 km geschafft. Wenn es in dem Tempo weitergeht, dann sind die Stromtrassen in 30 Jahren fertig.

Wer soll das bezahlen?

Der Bericht der Bundesnetzagentur stammt aus dem tiefsten Bullerbü, wurde verfasst von den Gebrüdern Grimm der Energiewende und ist bestimmt für gläubige Philosophen, windige Anwälte und ein paar Ungelernte, die sowieso von Energie nur Bahnhof verstehen. Er vermittelt die Botschaft von vermeintlichen Fachleuten an diese unbedarften Entscheider: „*Alles Paletti für die nächsten zwei Wahlperioden. Ihr könnt ruhig weiter gut funktionierende Kraftwerke verschrotten. Ihr könnt ruhig weiter das Geld der Leute zum Fenster rauswerfen. Der Strom kommt weiter aus der Steckdose.*“ Was sie nicht herauslesen ist, aber doch drin steht: „*Und wenn er nicht mehr aus der Steckdose kommt, dann ist es nicht unsere Schuld. Ihr habt eure eigenen Pläne nicht eingehalten. Jetzt guckt ihr dumm aus der Wäsche*“.



Datenquelle: <https://www.netztransparenz.de/EnWG/Redispatch>

Darstellung Rolf Schuster **Vernunftkraft**

Zahl der Redispatch Maßnahmen von 2016- 2022

Die utopischen Pläne der Regierung scheitern zwangsläufig schon allein

an dem nicht in genügendem Umfang an Vorhandensein der benötigten Ressourcen. Und darüber hinaus: Hat die Bundesnetzagentur schon einmal etwas vom Fachkräftemangel gehört? Wenn solche Dokumente zur Grundlage von Regierungsentscheidungen werden, kann einem nur angst und bange werden. Wie Deutschland nach der Umsetzung der Pläne aussehen würde, mag man sich gar nicht vorstellen. Ein einst blühendes Land, umgewandelt in eine Industriebrache voller Propellerungeheuer und blauschimmernder Glaswüsten.

Eine Frage wird in dem Bericht mit gutem Grund nicht gestellt: „Wer soll das bezahlen?“ Weil es auch so klar ist, wer für die immensen Kosten aufkommen muss. Nur denjenigen, welche es bezahlen müssen, werden von den Hütchenspielern der Bundesnetzagentur und ihren angeschlossenen Medien durch 143 Seiten intensives Becherchen-Verschieben die Sinne vernebelt.

Es dauert viele Jahre, um ein Kraftwerk zu bauen, aber nur ein paar Stunden, um es zu verschrotten und zu sprengen. Abgewanderte Industrie kommt nicht freudestrahlend zurück, wenn der grüne Albtraum vorbei ist. Ausgewanderte Leistungsträger auch nicht. Das ist schade, denn die von den Hütchenspielern Geprellten werden erst in ihrem neuen europäischen Venezuela namens Deutschland erwachen, wenn es zu spät ist. Das Tal der Tränen wird tief und lang sein.

versorgungssicherheitsbericht-strom Kopie

Manfred Haferburg ist Autor des autobiografischen Romans „Wohn-Haft“ (4,8 von 5 Sternen bei 221 Bewertungen), der heute einen erschreckenden gesellschaftlichen Wiedererkennungswert hat. Leser Sillescheibt in seiner Bewertung: „Das Buch ist – trotz aller grauenvollen, beängstigenden, bedrückenden und deprimierenden Details – sehr flüssig geschrieben und ich habe es quasi auf einen Zug durchgelesen. Es ist ein Stück DDR-Zeitgeschichte, und ich kann es jedem nur empfehlen, der meint, Sozialismus solle man nochmal probieren.“

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier

Kraftwerke: konventionelle und

erneuerbare Energieträger – Teil 3 von 3

geschrieben von Andreas Demmig | 9. März 2024

Das Ende ist nah – einer gesicherten Energieversorgung in Deutschland. Danke an unsere Leser, die mir bis hierhin gefolgt sind. Nun noch einige „Perlen“ unseres Umweltbundesamts und von den öffentlich-rechtlichen Medien. Hier wird uns erzählt, wie die CO2 Minderung um 70% funktionieren soll. Auch habe ich etwas zu den erzeugten Strommengen gefunden, woraus man nun einen Kapazitätsfaktor errechnen kann. Und – das ZDF und Prof. Lesch warnen schon mal vor: „...Veränderung, die für die Bürger nicht so viele positive Seiten hat..“

Steigende Blackoutgefahr in Deutschland ? Gibt´s nicht sagt die Bundesregierung, und wenn doch, sind die Netzbetreiber schuld!

geschrieben von Admin | 9. März 2024

von Michael Limburg

Der 8. Januar war eine Zäsur, in der Beurteilung der Sicherheit der Stromversorgung im europäischen Verbundnetz. Besser gesagt, hätte es sein müssen. Anders als im November 2006, als die Ursache für einen flächendeckenden Blackout ein Zuviel an Windstrom in Deutschland war, das wegen einer geplanten Leitungsunterbrechung über der Weser nicht abgeleitet werden konnte, und weswegen in Folge die Stromversorgung für weite Teile Norddeutschlands, die Niederlande und Nord-Frankreich schlagartig zusammenbrach, lag diesmal die Ursache im Südosten Europas.